

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 12

Duisburg, den 20. März 1926

27. Jahrgang

Der Weg der Arbeiterschaft — unser Stolz

Es mag heute, in der Zeit eines nie erlebten wirtschaftlichen Zusammenbruches und einer erschreckend hohen Arbeitslosigkeit, in einer Zeit, wo vielfach die hungere Not einen breiteren Platz in der Arbeiterfamilie einnimmt, manches eigenartige Gefühl durch das Herz des betroffenen Arbeiters schleichen. Er sieht seine Familie, fehlt seine eigene Kraft und seine Arbeitsfreude und sein Nicht-Arbeiten-Können; er hat oft das Gefühl, als ob er und sein Stand lediglich ein Spielball der Börse und der launischen Konjunktur geworden sei.

Dann mögen sich vielleicht die Worte ihm entringen:

Was hat der Arbeiter denn nun eigentlich erreicht?

Hat die Gewerkschaftsbewegung ihm eigentlich etwas geben können?

Ja, hat die Gewerkschaftsbewegung überhaupt noch Sinn und Zweck?

Und wie in Krisenzeiten immer, suchen sich dieser verbüßerten Stimmung alle möglichen Kreise zu bemächtigen und daraus für sich gangbare Mätze zu schlagen. Kreise, lediglich von „des Bessens Bläse angekränkt“ ohne Erfahrung und Wissen dessen, die im Arbeiterstand um rechtliche, moralische und materielle Hebung seit mehr als zwei Menschenalter gerungen wurde. Kreise, die vorgeblich auf „unserem Boden“ stehen wollen, vielfach junge Menschen, geführt von Intellektuellen, bei denen man das schmerzhafte Gefühl nicht los wird, als ob sie durch ihr Handeln den vielleicht 1918 verpackten Anschlag „nach oben“ heute noch erreichen wollten, alle diese Kreise werfen sich heute auf die Arbeiterseelen und reden ihr vor: „Jawohl! Die Gewerkschaften haben versagt! Die Führer haben vor allem versagt! Neue Führer müssen her! Und herbei mit der Einheitsorganisation aller Arbeiter! Dann wird es besser! Heute ist der Arbeiter nur ein Stück Tier, der verelendet und von seinen Führern noch weiter in den Abgrund gestoßen wird!“

Wir glauben, ähnliche Töne in genau so scharfer Präzision aus sozialistischem Munde gehört zu haben im Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften „Schmeichle den Massen und tritt die Führer vor den Bauch, so wirst du dein Ziel erreichen“, wie wir sie heute in neuem Auszug aus uns konfessionell nahestehenden Gruppen vernahmen können, gleich ob es sich um bestimmte Teile der Kreuzfahrer, der Großdeutschen oder um die Ergebnisse der Tendenz des Herrn Witus Heller handelt.

Wir wollen demgegenüber ganz präzise die Frage stellen und beantworten:

Was hat die Arbeiterschaft erreicht?

Wenn wir gewerkschaftspolitisch den Weg betrachten, den die Arbeiterschaft, die Industriearbeiterschaft seit dem Tage ihres Geborenwerdens vor etwa hundert Jahren zurücklegte, dann ist das eine der gewaltigsten Erscheinungen der ganzen Menschheitsgeschichte überhaupt. Die, seitdem die Sonne auf- und untergeht über den Geschicken der Menschen, hat es einen Stand oder ein Geschlecht gegeben, das in so verhältnismäßig kurzer Zeit — denn 100 Jahre bedeuten im Lauf der Weltgeschichte keine große Zeitspanne — so viel erreicht wie der Arbeiterstand.

Was erreicht wurde, ist groß in der Gewalt und Wucht des Weges, in der Kürze der Zeit und in der Ueberwindung gewaltigster Widerstände.

Wenn wir das feststellen, so möchten wir das nicht aufgefacht wissen, etwa als „Trost in trüben Tagen“ oder im Bewußtsein „Es ist erreicht“, nein, die Feststellung dieser Tatsache soll uns mit Mut und Stolz zugleich erfüllen, darüber, daß wir als Arbeiter, nur und allein aus eigener Kraft das wurden, was wir heute sind. Wir wissen, daß noch große Schwierigkeiten auf dem Wege zur völligen Eingliederung des Arbeiterstandes unser horren; wir wissen, daß es noch gewaltiger äußerer und innerer Kämpfe bedarf, um uns durchzusetzen. Wenn wir auch den zukünftigen schweren Weg deutlich sehen, so wollen wir doch nicht den freudigen Blick verlieren für das, was der Arbeiter bis heute durch seine geschlossene organisatorische Kraft wurde und vor allem wollen wir uns das auch nicht vereln lassen durch die Stänkereien unreifer oder gar übelwollender Kreise, dann aber auch den Schluss daraus ziehen, was aus der Arbeiterschaft würde, wenn sie den gewerkschaftsfeindlichen Eirenenklängen folgte.

Der industrielle Arbeiterstand ist erst seit gestern, seit hundert Jahren. Sein Entstehen ist verbunden mit der Zeit, wo in größerem Umfang die Industriewirtschaft an Boden gewann und langsam die Industriestädte entstanden. In diesen hundert Jahren hat die Arbeiterschaft einen Aufstieg gesellschaftlicher, sozialer und politischer Gleichberechtigung gemacht, die zu erreichen das Bürgertum und das Bauerntum volle tausend Jahre gebraucht haben. Es ist notwendig, sich das einmal vor Augen zu führen. Wenn man Vergleiche und Parallelen ziehen kann, ermüdet man eher, was die Arbeiterschaft an sich selbst geleistet hat.

So wollen wir in diesem Artikel kurz den Weg des Bürger- und Bauerntums zeigen und in den folgenden Artikeln den wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft schildern.

Wie war der Weg des Bauern- und Bürgertums?

Die produktiv schaffenden Stände haben seit je im gesellschaftlichen Gebilde einen schweren Stand gehabt. Die wirtschaftenden Kräfte in der Stadt des Mittelalters, die Handwerker (Zünfte) waren jahrhundertlang von der politischen Mitregierung in ihrer eignen Stadt ausgeschlossen. Nürnberg, B. hat nie die Zünfte als politisch und gesellschaftlich gleichberechtigt anerkannt und nahm nur wenige ernannte Vertreter in den Magistrat auf. Viele Städte des Mittelalters haben im Ringen um die politische Mitmacht gefährliche und blutige Revolutionen erleben müssen und 1369 fielen auf dem Heumarkt in Köln die Köpfe von 30 Weberführern, weil sie nach der politischen Gleichberechtigung mit dem Patriziat gestrebt hatten. Und wenn sich das Bürgertum auch in vielen Städten gleichberechtigt durchringen konnte, in der Mitleitung der Reichsgeschäfte bedeutete es nichts. Im Reichstag des Mittelalters hatte das Bürgertum keine beachtete Stimme. Und als das absolute Fürstentum hochkam nach 1500, gebrauchte es das Bürgertum und seine wirtschaftlichen Kräfte zur Auffüllung seiner Kassen und schroßte es durch unsinnige Lasten, reglementierte die ganze Wirtschaft und stellte alles unter Zwang. Politisch und gesellschaftlich war der Bürger eine Null. Selbst ein so toleranter Fürst wie Friedrich der Zweite von Preußen schrieb auf ein Heiratsgesuch eines adeligen Offiziers mit einer Bankiersochter: „Psui! Er schäme sich, ein bürgerliches Frauenzimmer zu heiraten!“ Hundert Jahre später suchte der europäische Adel seinen Stammbaum mit dem Geld amerikanischer bürgerlicher Milliardärstöchter zu „veredeln“. Erst die Gesetzgebung unter Stein und Hardenberg nach 1800 machte den Bürger wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich freier und höher. Tausend Jahre hatte das Ringen des Bürgertums um dieses Ziel gedauert.

Das Bauerntum, einst frei und der Kern des germanischen Volkes, sank nach 1100 in immer größere Abhängigkeit und Frondienstleistung. Von sechs Tagen der Woche war es an vier Tagen dem Herrn allein zum Dienst verpflichtet. Seine Dorfgerechtfame hatte man ihm beschlitten oder genommen. Um 1500 hatte man ihm alles geraubt, was er einst sein eigen nannte, die freie Jagd, den Fischfang, das Waldbrecht, Weiderecht usw. Im gewaltigen Bauernkrieg von 1470 bis 1525 machte sich das Unterdrücktein fürchtbar Luft. Wir wollen nicht verteidigen, was von den Bauern geschah, aber die Nachrede der Herren an den Bauern war himmelstreichend. Der Markgraf von Brandenburg-Kulmbach ließ 1000 Bauern die Augen ausstechen und die rechte oder linke Hand abhauen. Für das absolute Fürstentum war der Bauer ein Objekt, mit dessen Verkauf es seine Maltreffen bezahlte. Zwischen 1770—1785 sind allein 100 000 deutsche Bauernsöhne an England verkauft worden, um für England Kriege in den Kolonien zu führen. 120 Millionen Mark war der Erlös dafür. Ziel ein solcher Soldat, erhielt der Fürst noch pro Gefallenen 30 Gulden Extragebühr; der Landgraf von Hessen-Kassel schrieb unterm 8. Februar 1777 an seinen Gesandten in London: „Sie können sich meine Freude denken, als ich las, daß von den 1950 Hessen, welche im Gefecht bei Trenton waren, nur 300 entkamen“. Denn nach der Zahl der Gefallenen bemah sich die Extragebung an den Fürsten. Ernst Moritz Arndt schrieb um 1800, daß damals die pommerischen Edelleute im Spiel einen Bauern, eine Bauersfrau oder einen Bauernjungen einsetzten, ohne Rücksicht darauf, daß man dann die Familien einfach auseinanderriß. Erst die Gesetzgebung von Stein und Hardenberg hat auch den Bauern wieder menschenwürdige Verhältnisse gebracht. Tausend Jahre schwerster Kampf um die Gleichberechtigung!

Die Arbeiterschaft ist als Stand erst 100 Jahre, als Bewegung kaum mehr als fünfzig und schon ist sie auf allen Gebieten ein gleichberechtigter Faktor geworden. Und was sie ist, wurde sie gegen die heftigsten Widerstände in der gesellschaftlichen Kräfteverteilung.

Wie war es denn? Im Mittelalter suchte die Kirche gestaltenden Einfluss auf Staat und Wirtschaft zu erreichen. Ohne sie ist der städtische Hochstand des mittelalterlichen Wirtschaftsgeistes, der Redlichkeit, der Treue, der Nächstenliebe, gar nicht denkbar, und sie bemühte sich auch nach besten Kräften, die Lage der unteren Schichten zu mildern. In der Neuzeit sucht die Wirtschaftsgesellschaft bestimmenden Einfluss auf Staat und Kirche zu gewinnen. Ihr Prinzip ist nicht das der städtischen Einordnung, sondern der ungehemmten Macht, nicht der Nächstenliebe, sondern des Reingewinnes um jeden Preis, nicht des ethischen Gedankens, sondern des Denkens in Aktien- und Kuxen.

Im Kampf dagegen ist die Arbeiterschaft groß geworden. Sie stand ganz auf sich allein angewiesen und hatte keinen befreundeten Stand neben sich. Was sie wurde, wurde sie nur aus sich, ohne wesentliche fremde Hilfe. Dieser Gedanke gibt uns trotz der schweren Zeit und des schweren Zukunftsweges doch den stolzen Mut, ungebrochen vorwärts zu marschieren. Im nächsten Artikel werden wir den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft schildern.

Die Gewerkschaften haben ja doch nichts erreicht

Das ist das ständige Wort, das die Unorganisierten und Abgesprungenen im Munde führen, um eine „Entschuldigung“ für ihre Beitragsrückberei zu finden. Wir wollen hier nicht von festgehaltenen Rechten der Arbeiterschaft reden, sondern lediglich von dem, was beim Unorganisierten „nichts“, nämlich vom Lohn.

Im Gebiet unseres 2. Bezirks (Köln) wurde lediglich durch gewerkschaftliche Arbeit in den Jahren 1924 und 1925 gegen den heftigsten Widerstand der Unternehmer errungen an Mehrlohn für die

Handwerker	640 Mark,
Angelernten	468 „
Spezialarbeiter	728 „
Hilfsarbeiter	466 „
Arbeiterinnen	349 „

Und das alles wurde erreicht in der Zeit einer immer heftiger austretenden wirtschaftlichen Krise. Wo wäre die Arbeiterschaft mit ihrem Lohn geblieben, wenn sie nicht die gewerkschaftliche Organisation im Rücken gehabt hätte. Sie hätte nicht nur nicht ihren Lohn nicht steigern können, sondern der Lohn wäre rapide abgebaut worden, genau wie es in den Krisenjahren nach 1875 auch der Fall war. Jedoch, die „Gewerkschaften haben ja doch nichts erreicht“.

Der Kampf um den Preis

Wir sind Gegner der Zwangswirtschaft. Trotzdem halten wir sie da für angebracht, wo ein vorübergehender Notstand eintritt. Das war bei der Lebensmittelversorgung während des Krieges, ist zurzeit bei der Wohnungszwangswirtschaft der Fall und kann auch in anderen Fällen vorübergehend notwendig werden. Die Landwirtschaft, der Handel und das Unternehmertum sind grundsätzlich für die freie Wirtschaft. Sie lehnen jede Zwangswirtschaft ab; der Sturm gegen die Lebensmittelzwangswirtschaft, Wohnungszwangswirtschaft, Zwang auf die Preisgestaltung durch Preisrüfungsstellen und Wadergesetze ist bekannt. Nur da wollen sie die Zwangswirtschaft, wo sie einen Vorteil davon haben. Dann verstehen sie es, den Schutz der Regierung anzurufen für die „notleidende Landwirtschaft“ oder „den in seiner Existenz bedrohten Mittelstand“ usw. Eigenartig ist aber, daß diejenigen, die sich so sehr gegen die Zwangswirtschaft wenden, nichts dagegen einzuwenden haben, sich einem freiwillig herbeigeführten Zwange zu unterwerfen. Sind Kartelle, Syndikate, Ringbildungen etwas anderes als eine Zwangswirtschaft? Wir glauben nein, denn der einzelne ist in seiner Freiheit gehemmt, ihm wird vorgeschrieben, wieviel Ware er liefern darf, zu welchen Preisen er liefern muß, ihm werden bestimmte Bezirke als Absatzgebiete zugewiesen, er darf sich nur bei Ausschreibungen in beschränktem Umfang beteiligen, eine wirtschaftliche Freiheit des Wettbewerbs kennen die Mitglieder derartiger Vereinigungen nicht. Von einer freien Konkurrenz kann absolut nicht mehr die Rede sein. Wer gegen die Bestimmungen der genannten Vereinigungen verstößt, erhält Geldstrafen. Es werden ihm die Lieferungen gesperrt, das System der schwarzen Listen tritt in Funktion, in öffentlichen Versammlungen wird er an den Pranger gestellt, seine Existenz wird sogar vernichtet. Selbst die Unternehmer fürchten diese Vereinigungen, in denen wenige große, die die Konkurrenz der vielen kleinen befürchten, zu bestimmen haben. Sie können sich aber nicht dagegen auflehnen.

Heute ist es so: In den Ringen sind Unternehmer eines bestimmten Gewerbezweiges zusammengeschlossen. Der hauptsächlichste Zweck ist, die Preise hoch zu halten. Das geschieht in der Weise, daß die Firmen den Umfang ihrer Beschäftigung anmelden, dementsprechend die Arbeit verteilt wird. Wenn die Preise durch ein Ueberangebot sinken, versucht man die Produktion zu droffeln, um auf diese Weise wieder die Preise in die Höhe zu treiben. Bei Ausschreibungen von Arbeiten sucht man den Anschein zu erwecken, als handle es sich um einen freien Wettbewerb und selbständig von jedem Unternehmer abgegebene Preise. Jeder Unternehmer gibt nämlich eine Offerte ab, die Offerten schwanken auch im Preise, so daß der Außenstehende glaubt, es tatsächlich mit der freien Konkurrenz zu tun zu haben. In Wirklichkeit haben sich die Unternehmer auf einen Mindestpreis verständigt, die anderen Unternehmer geben zwar gestaffelt höhere Preise ab, obwohl sie wissen, daß sie dann die Arbeit nicht erhalten. Diese Offerten nennt man Schussofferten zu Gunsten eines anderen. Das geschieht aber nicht dem anderen zur Liebe, sondern weil dieser sich verpflichten muß, den ausfallenden Firmen hohe Abstandssummen zu zahlen. Diese sind natürlich in die Offerte einkalkuliert, verteuern also die Arbeit. Der Gesetzgeber will nun nichts anderes, als daß bei Abgaben von Offerten den Ausschreibenden, gleichviel, ob die Ausschreibungen von öffentlichen Stellen oder Privatpersonen ausgeht, davon Kenntnis gegeben wird, daß eine Vertragsbindung vorliegt, natürlich auch unter welchen Bedingungen. Dagegen wehrt sich das Unternehmertum, es fürchtet, dann nicht mehr, mit oft recht unmoralischen Mitteln, auf eine Erhöhung der Preise oder wenigstens eine künstliche Hochhaltung hinwirken zu können. Es werden deshalb gegen das Gesetz die ver-

schlechtesten Einwendungen erhoben, die jedoch bei einer näheren Untersuchung nicht standhalten können. Man will sich nicht in die Karten sehen lassen, man will die Zwangswirtschaft im eigenen Lager beibehalten wissen, obwohl man sich sonst gegen die Zwangswirtschaft wendet.

Die Konsumenten verfolgen mit größtem Interesse diesen Kampf, der sich jetzt zwischen den Interessentenkreisen und der Regierung und den Parlamenten abspielt, sie erwarten von der Regierung, daß sie das Wort „Preisabbau“ nicht nur im Munde führt, sondern auch endlich einmal ernsthafte Maßnahmen ergreift, die den Preisabbau bewirken können. Die Regierung darf dabei auch nicht vor Drohungen zurückschrecken, wie man sie von Unternehmerseite schon hört, daß sie dann ihre Betriebe ins Ausland verlegen. Selbst das freieitliche Amerika geht in ihrer Gesetzgebung in bezug auf die Trusts und Kartelle weiter, wie man in Deutschland geht. Auch in Amerika fordern heute die Behörden von den Unternehmern, die an Herausforderungen beteiligt sind, hohe Kauttionen. Wenn sich nachträglich herausstellt, daß die Arbeitgeber an einem Ring beteiligt sind oder sich verabredet haben, verfällt die Kauttion. Der Regierung kann man nur zurufen: Landgraf bleibe hart!

Nationalisierung der Wirtschaft

F. B. Viele Güterhersteller, Händler und Zeitungleute waren in den V. Staaten, um zu sehen, was und wie drüben geschafft wird und wie weit die Amerikaner sind. Alle, die ich darüber gehört habe, waren voll Bewunderung und Anerkennung über die wirtschaftlichen Fortschritte. Ihre Sorge aber ist: Werden wir nachkommen oder einen Vorsprung gewinnen können? Wer sich geistig und wirtschaftlich stark genug glaubt, wird sagen: ich wage es! Auf diesen Glauben und dieses Wagen kommt es sehr an. Denn wer nicht glaubt und wagt, der kommt auch nicht nach und noch viel weniger wird ihm ein Vorsprung voraus gelingen. Vor dem Technischen, so allgewaltig es sich auch ausnehmen mag, kommt immer das Geistliche!

Das Verstehen und Begreifen, der Glaube an die eigene Kraft und Leistung und nicht zu vergessen: in anderen diesen Glauben und die Bereitschaft zur ergiebigsten Leistung zu bewirken. Mit technischen Rezepten, mit technischem Wissen und Können allein kommen jene Leistungen nicht zustande, durch die die V. St. zu ihrer Wirtschaftshöhe gekommen sind. Die Stimmung für einen solchen Aufschwung muß ebenso wie das Technische vorbereitet, geschaffen und gepflegt werden. Carl Kötting nannte in seinem Buch: „Das wirtschaftliche Amerika“ einige Beispiele, wie in den V. St. erfolgreich Stimmung gemacht wird. Der Sinn dieser Beispiele ist: Der Amerikaner hatte viele Schwierigkeiten zu überwinden, aber er siegte. Der Sieg ist nicht nur eine heilende, sondern auch eine stärkende Kraft! Bezeichnend ist, daß drüben der Beste in der Schule morgen die Flagge hochziehen darf! Diese Flagge ist das Sinnbild der Zuversicht, des Könnens und der Leistung.

Uns treibt die Enge zur Nationalisierung, dem Amerikaner gibt die Weite die Möglichkeiten zur größeren Entfaltung. Die Landwirtschaft wird heute drüben in den höchsten Maße maschinell betrieben und hierin offenbart sich schon eine große Ueberlegenheit. Während in Deutschland 43,3 Prozent der Erwerbstätigen zur Herstellung der Ernährung notwendig sind, brauchen die V. St. nur 29 Prozent dazu. Fruchtbarer Boden und Maschinen bewirken dies. In den V. St. ist der Anteil des Ertrags, der auf die in der Landwirtschaft Tätigen kommt, für die einzelne Person höher als in Deutschland. Er verhält sich wie 11,4 zu 20,8 Prozent. Aber in Deutschland wird im Durchschnitt mehr auf der Fläche erzielt. Der Ernteertrag ist (nach den Zusammenstellungen von Kötting) in den V. St. pro Flächeneinheit noch nicht zwei Drittel des Ertrages in Deutschland. Der höhere Ertrag pro Mann ist durch die fruchtbareren Böden und die maschinelle Arbeit erklärbar. Wie sehr die maschinelle Arbeit rationalisiert wird, das zeigt die Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinen. Es ist ein Maschinentyp herausgekommen, der das Getreide schneidet und hinterher gleich drischt. „Das Korn wird dicht unter der Achse geschnitten, das Stroh eingepflügt, die Ähren unmittelbar nach dem Schnitt auf der Maschine gedroschen“. Kötting, der darüber noch mehr schreibt, betont, wie sehr sich die amerikanische Regierung bewußt ist, daß die landwirtschaftliche Erzeugung die Grundlage des Volkswohlstandes ist. Sie läßt 51 Versuchsfarmen betreiben und veröffentlicht die Aufgaben (1923 waren es 5000), die den Versuchsfarmen zur Verantwortung gestellt waren. Daneben bereisen über 1000 Lehrer das Land, um Erfahrungen zu sammeln und zu belehren. Für diesen Aufklärungs- und Forschungsdienst gab die Regierung 1924: 115 Millionen Dollar (3,3 Prozent des gesamten Staatshaushalts) aus.

Auch für uns wird es nützlich sein, uns der Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Gewerbe und Handel mehr als bisher be-

Mertwürdige Ideen

von Einheitsorganisationen und demartigen Zeugspuren heute wieder durch den deutschen Blätterwald.

Noch merkwürdiger ist, daß diese Ideen propagiert werden von Intellektuellen, Doktoren, Oberlehrern, Kreisfahrern, Großbesitzern usw., die mit dieser neuartigen „Heilslehre“ angeblich die Arbeiterjahre beglücken wollen.

Gleiche Ideen hören wir ja auch schon von Kommunisten, und selbst gewisse Arbeitgebervertreter waren diesem Gedanken nicht abgeneigt. Warum wohl?

Schlüssig ist noch nicht klar erkennbar, von welcher von beiden Strömungen die neuen intellektuellen Einheitsapostel getragen werden.

Die Arbeiterjahre muß auf jeden Fall auf der Hut sein, denn letztlich beruht der ganze Hummel nicht auf die angebliche Stärkung, sondern auf eine innere Schwächung der Arbeiterjahre hin.

Wir werden in der nächsten Nr. unseres Organisationsausführungs auf die Einheitsorganisationsbestrebungen zu sprechen kommen.

wußt zu werden und — unseren Verhältnissen entsprechend — die Landwirtschaft zu rationalisieren (Nationalisierung darf nicht mit Mechanisierung verwechselt werden. Mechanisierung ist die Bearbeitung durch Maschinen und Geräte, erfolgreichere Arten der Bodenbearbeitung, des Anbauens, Erntens, Lagerns, Verwendungsarten. Zum Nationalisieren gehört auch die Forderung und Beratung und die Auslese der für eine Arbeit tauglichen Personen.)

Im gesamten (für alle Arten der Güterherstellung, des Verkehrs und des Handels) gehen die Bestrebungen in den V. St. darauf hinaus: Alle Arbeiten auf einen möglichst hohen Wirtschaftserfolg einzurichten; dann: alles Vermeidbare wegzulassen, mechanische Arbeit an Stelle der menschlichen zu setzen und die maschinellen Verfahren so auszubilden, daß der bedienende Mann das Höchste für die Herstellung leistet. Das ist nur möglich, wenn große Mengen von Gütern nach demselben Muster, aus denselben Stoffen und mit denselben Arbeitsarten hergestellt werden. Das geschieht durch Typisierung und Normalisierung; aber das Typen und Normen bringt noch nicht den wünschenswerten wirtschaftlichen Erfolg. Die für bestimmte Verrichtungen geeigneten Personen müssen durch Eignungsuntersuchungen ausgewählt werden. Geräte und Werkzeuge müssen darauf hin untersucht werden, ob sie zweckmäßig sind. Es ist noch kein Beweis für ihre Zweckmäßigkeit, daß sie bisher so oder so waren und wir ihnen mit ihnen arbeiten und gewisse Erfolge erzielen konnten. Das Deutsche Institut für Arbeitspsychologie (= Erforschung der Körpervorgänge und der Arbeitsbedingungen) will hierin aufklären und so die Arbeitserzeugnisse mit Schaffen helfen, mit denen ertragreicher gearbeitet werden kann.

Das Großgewerbe, Mittelgewerbe und Handwerk müssen die neuen Erkenntnisse nutzen. Wie ja überhaupt darauf gehalten werden muß, daß auch das Handwerk mit der großgewerblichen Entwicklung emporgehoben wird. Auch das Handwerk ist entwicklungsfähig; es müssen ihm die technischen Fortschritte nur zu dargeboten werden, daß es sie verwenden und auswerten kann. In dieser Frage wird das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung hierauf hingewiesen werden, weil oft übersehen wird, daß zum Gelingen auch das Handwerk gehört und daß es mehr leisten kann, wenn es geistig, technisch, organisatorisch und wirtschaftlich durchgebildet ist.

Die Nationalisierung geht alle an; die gesamte Leistungsfähigkeit muß gehoben, der Leistungswillen gestärkt werden: Stimmung, Mut und Zuversicht zum wirtschaftlichen Sieg muß in aller Erwerbsmenschchen hinein. Ist erst einmal der richtige Geist vorhanden und der Wille, alle Geistes- und Körperkräfte zur ergiebigsten Leistung anzuspinnen, dann werden auch die Mittel wachsen, die die Wirtschaft ertragreicher gestalten.

Rundschau

Was die Volksvertreter nicht wußten

Die Öffentlichkeit hat bereits Stellung genommen gegen den ungeduldeten aufgeblassenen Verwaltungsapparat mancher Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden. Diesen, die es angeht, scheinen allerdings das, was sie bei anderen als selbstverständlich voraussetzen, bei sich selber nicht wahrhaben zu wollen. So wurde vor kurzem vom Reichstag nach den „schlichten Begründungen“ des

Das Land voll Milch und Honig

Die Kommunisten sind wieder stärker daran, in der Zeit der ungeheuren Arbeitslosigkeit Propaganda für ihr Sowjetrußland zu machen und den Erwerblosen dieses Land als ein Eldorado für die Arbeiterjahre darzustellen. Da ist es interessant, aus der Feder eines bedeutenden Auslandsstimmer, Hans von Eckard, der stets für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands an Rußland eingetreten ist, etwas über die Arbeitsverhältnisse in Rußland (D. W. Btg. Nr. 55) zu hören. Seine Darstellungen sind entnommen dem sowjetrussischen gewerkschaftlichen Zentralblatt „Trud“. Es ist daher wohl anzunehmen, daß der „Trud“ die Arbeitsverhältnisse eher besser als schlechter zeichne.

Ueber die wahre Lage des russischen Industrieproletariats schweigen sich die amtlichen russischen Quellen gerne aus. Erst bei Gelegenheit der letzten großen Debatte auf dem Parteitag der kommunistischen Partei in Moskau zeigte es sich, wie kritisch die Stimmung allenthalben geworden war. Die Massen der Arbeiterjahre fühlen sich verlassen, politisch vereinsamt und schuflos. Offiziell gibt sich die Sowjetregierung als Vertreterin der Arbeiterjahre aus. Da die Regierung die ungeheure Arbeit der Wirtschaftsführung ausüben muß, die Staatsfinanzen sanieren, die Industrie reorganisieren und selbstständigen, den Außenhandel leiten und das dominierende Interesse des Gesamtstaates wahrnehmen soll, so kann sie für die Arbeiterjahre, als Glied des Produktionsprozesses, faktisch genommen, nichts tun. Dies ist keine Frage des Willens oder der Absicht: die Tatsachen sprechen die herrschende Sprache. Die Regierung kann eine Gefährdung der Lebenserhaltung nicht dulden: größere Emissionen könnten gefährlich werden. Aus diesem Grunde können der verstaatlichten Industrie neue Subventionen nicht gewährt werden. Die Trusts können jedoch mit ihren eigenen Mitteln nicht aus; ihre Verschuldung bei der Staats- und der Industriebank ist drückend genug. Zahlen nun, was in der letzten Zeit mehrfach der Fall war, also keineswegs eine singuläre Erscheinung ist, die Abnehmer der Waren ihre Rechnungen nicht, so bleibt den Trusts nichts anderes übrig als den

Lohnschuld zu bleiben.

Diese Lohnverschuldungen der Industrie sind an sich nichts Neues. Schon im Juli 1924 klagte die Arbeiterzeitung, der „Trud“: „Die Lohnverschuldung der bedeutendsten Betriebe wird nicht nur nicht beglichen, sondern wächst und nimmt chronischen Charakter an“. Aus der Ukraine konnte man damals hören, daß die Lohnrückstände in der staatlichen Industrie vom 1. 4. bis zum 1. 7. 1924 von 4,7 auf 7,8 Mill. Goldrubel angewachsen seien. Im Jahre 1923 fanden aus solcher Lohnverschuldungen willkürlich 381 Streiks statt. Im vergangenen Jahre 1925 war es vor allen Dingen der große Maschinenbau-Trust und die Autenfabrikation, die mit Verlust arbeiteten und deshalb zu größeren Lohnverschuldungen griffen. Die Regierung wußte natürlich davon, konnte aber nichts ändern, denn selbst in Moskau konnten am 30. Januar d. J. von den großen Industrie-Trusts nur 30—60 Prozent des Lohnes mit der Verteilung auf den 15. Februar ausgezahlt werden. Will man sich von seiten der Arbeiterjahre auf weitere Lohnverschuldungen nicht einlassen, dann verjagen es die Trusts mit Anweisungen auf den Läden der Arbeiter-Genossenschaft. D. h. die Trustverwaltung läßt sich von der von ihr abhängigen Magazin-Verwaltung der Genossenschaft Waren kreditieren, die den Arbeitern, nach altem Rezept, an Lohnersatz über den Markt geliefert werden. Bleiben die Trusts der Kooperativen, aber erst vor kommt (vergl. „Pravda“ vom 26. 1. 1926), die Zahlung schuldig, dann müssen die Arbeiter-Genossenschaftler das Defizit ihrer Organisation ausgleichen; sie haben sich dann aus eigenen Mitteln also selbst ihren Lohn geholt.

Begehren die Arbeiter schließlich gegen diese Art der Geschäftsführung und Demoralisierungen auf, dann erzieht es ihnen schlecht.

Arbeitseinstellungen

werden mit allen erdenklichen Mitteln bekämpft. Im Dezember 1925 gab es in der Ukraine und dem Ural-Gebiet allein 64 „Konflikte“ der Arbeiterjahre; mit den Betriebsverwaltungen in Petersburg in den fünf letzten Monaten des vorigen Jahres 272 „Konflikte“, während in neun Monaten des vorigen Jahres 5527 in der großrussischen Republik K. S. F. S. R. von den Schlichtungskommissionen behandelt wurden. Womit solche „Konflikte“, d. h. Streiks, zu enden pflegen, kann dem geheimen Rundschreiben der Administrations-Abteilung des Obersten Volkswirtschafts-Rates entnommen werden, in welchem angeordnet wird, bei Betriebseinstellungen immer zuerst die

Teilnehmer an den Streiks

zu entlassen: den Betriebskommissionen der Arbeiter ist eine Verfügung über die Listen der zu Entlassenden, die von der Verwaltung

und der Eskala anzustellen seien, untersagt (Din, 20. 1. 26). Noch schlimmer ergreift es z. B. den Arbeitern in Zarigga, wo das Provinzialgericht sieben Arbeiter zu fünfjährigem Gefängnis und lebenslänglicher Verbannung und 16 Arbeiter zur Verschickung nach Sibirien verurteilte, weil sie eine Streikbewegung organisiert hatten. Das tragische an diesen Dingen einer immer schlimmer werdenden Bedrückung der Arbeiterjahre ist die Tatsache der vollkommenen Schuflosigkeit des russischen Industrieproletariats.

Was hilft den Arbeitern ein Lohn, der sich der Friedenshöhe bis auf 70—80 Prozent angenähert haben soll, wenn die Leuerung immer weiter fortschreitet oder dieser Lohn gar nicht einmal ausgezahlt wird? Und was hilft dem Arbeiter seine grundsätzlich und ideell privilegierte Stellung in der U. d. S. S. R., wenn die Sowjetregierung aus Gründen der Staatsraison ihm nicht helfen kann, kein Geld für weitere Subventionen an die Industrie übrig hat? Ebenso half es den Arbeitern bisher auch nicht, wenn sie sich in den zahllosen Fällen der Arbeitskonflikte an ihre, die allmächtige kommunistische Partei wandte. Denn auch die kommunistische Partei konnte für dies darbende Proletariat, so paradox es klingt, in letzter Zeit nicht eintreten.

Die Mehrheit, vertreten und geführt von Stalin (Pseudonym für den Kaufmann Dschugasch. Will), Rykow, Bucharin, Trozki und andere, konnten es nicht, weil ihr Standpunkt prinzipiell derjenige der Staatsnotwendigkeiten sein mußte. Rußland hieß es, müsse zuerst seine Wirtschaft herstellen: diesem großen Ziele, das dem „Proletarier-Staat“ eine neue Zukunft brächte, mußten gerade diejenigen Opfer bringen, für die dieser Staat erkämpft sei — die Arbeiter. Und die Minderheit, die geführt vom fest gestützten und direkt verfaßt gewordenen Sinowjew, vermochte noch weniger für die russischen Proletarier zu tun, weil sie es war, die sowjetische Staatsmittel für die Weltrevolutionarypropaganda, für die ausländische Presse usw. in Anspruch nahm. Da es sich hierbei bekanntlich um große Summen,

1924 allein um 200 Millionen Goldrubel für die Auslandspropaganda,

handelte, so wird verständlich, warum das Finanzkommissariat keine weiteren Mittel freimachen konnte. Einen anderen, rettenden Ausweg, den Sinowjew vorschlug, weigerte sich wieder die Mehrheit einzuschlagen: Die Stabilen und Unentwegten wollten erneut zu einer Enteignung des Nep-Bürgertums, des privaten Handels, der privaten Industrie schreiten, was Rußlands Wirtschaft zweifellos schwer geschädigt hätte. Und schließlich kam auch noch der Umstand hinzu, daß die kommunistische Partei selber die größten Ansprüche an die Staatskasse zu stellen gewohnt ist. Erschöpfende Daten sind hierüber nicht bekannt geworden, es genügt jedoch, darauf zu verweisen, daß die K. P. des Gouvernement Leningrad allein 2 Mill. Goldrubel jährlich erhält (Krasnaja Gazeta vom 5. Dez. 1925) und daß die Gesamtpartei gelegentlich von einer Summe von 250 Mill. Rubel gesprochen hat. Besondere Unkosten bereiteten die 1. Parteischulen, deren Ausgabenposten im Budget fungieren und 2. die Parteipresse, für deren Notlage die 110—117 Mill. Rubel des Reservfonds der Union in Anspruch genommen wurden (Gwestyja, 21. Jan. 1926). Diese letztere, offiziell zugegebene Ausgabe ist bezeichnend genug; es handelt sich hier u. a. um die großen Regierungsblätter in Moskau und Petersburg, die wohl in jedem anderen Lande, dank ihrer Monopolstellung, eine Quelle nicht unbeträchtlicher Einnahmen bilden würden.

Schließlich blieben noch die Gewerkschaften, auf der ganzen Welt Schutz und Halt der Arbeiterjahre — in Rußland aber, wie an dieser Stelle schon dargelegt, eine Regierungs-Institution, die sich nach den Staatsnotwendigkeiten und nicht nach den Interessen ihrer eigentlichen Mandatäre richten muß. So schließt sich der Kreis um die russische, starrende Arbeiterjahre und läßt sie, hilflos, zum Opfer der russischen Wirtschaftskrisen werden. Für die „Sieger“ hat der Kampf um den neuen Staat somit mit einer fürchterlichen Niederlage geendet — — zumal die nächste Generation, die Kinder dieses Proletariats, in fürchterlichem Elend als Obdachlose und völlig Verlassene hinfällig zu Grunde gehen . . .

Soweit von Eckard. Welchen deutschen Arbeiter verlangt nach diesem Paradies? Während in Deutschland für die Erwerblosen wenigstens notwendig gesorgt wird und der Kurzarbeiter seine Unterstüßung erhält, bleibt man in Rußland den Arbeitern monatelang den Lohn „schuldig“ und bestraft die Teilnehmer an Streiks mit aller Brutalität. Kommunisten, auf nach Rußland!

Aus der Tiefe steigen die Befreier der Menschheit; und wie die Quellen aus der Tiefe kommen, das Land fruchtbar zu machen, so wird der Adler der Menschheit ewig aus der Tiefe erstehen.

Der Mensch hat doch nichts Besseres, als dies schmerzliche Streben nach oben; in demselben und durch dasselbe richtet er sich aus aller Beiseigenschaft des Staubes auf; in ihm reißt er, wie wenig es auch sei, was er erlange, allen himmlischen Mächten die Hand; in ihm steht er auf der winzigsten Scholle, in dem engsten Kreise als Herrscher des unendlichen Geistes da, als Herrscher seiner selbst.

Auch der Zweifel ist ja Gewinn in seinem Leben, und der Schmerz ist so edel — oft edler als das Glück, die Freude!

W. H. Raabe.

Verhandlungen über deutsche Beteiligung am russischen Schiffsbauprogramm

Die Verhandlungen der Darmstädter- und National-Bank mit der Sowjethandelsflotte über die Beteiligung Deutschlands an dem russischen Schiffsbauprogramm durch einen fünfjährigen Warenkredit haben Fortschritte gemacht. Die staatliche Handelsflotte wird eine Sonderkommission nach Deutschland für die weitere Förderung und gegebenenfalls den Abschluß der Verhandlungen entsenden.

Die deutsche Lokomotivindustrie am Auslandsmarkt

Interessante Angaben über die Entwicklung der deutschen Lokomotivindustrie und ihr Verhältnis zum Auslandsmarkt machte Generaldirektor Eichberg anlässlich der Uebergabe der 3000. Lokomotive, die von den Linde-Hofmann-Rauchhammer-Werken hergestellt worden ist.

Das Fiasko der japanischen Farbstoff-Industrie

In einem amerikanischen Konsulatsbericht aus Tokio wird laut d. B. Ztg. Nr. 55, darauf hingewiesen, daß die japanische Farbstoff-Industrie in den letzten Monaten in eine schwierige Lage geraten ist, weil die in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstandene Werte dem deutschen und amerikanischen Wettbewerb trotz der hohen Schutzzölle nicht mehr gewachsen sind.

Die Bestrebungen, mit der deutschen Farbstoffindustrie zu einer freundschaftlichen Verständigung auf Kosten der amerikanischen Werke zu gelangen, entspringen dem Wunsch, durch Einföhrung der deutschen Farbstoffindustrie in den japanischen Markt die japanische Farbstoffindustrie zu unterstützen.

Sozialpolitik

Die Mißachtung der Stilllegungsverordnung

Nach dem Wortlaut der Stilllegungsverordnung müssen Inhaber und Leiter von gewerblichen Betrieben die Anzeige erstatten, bevor sie Betriebsanlagen ganz oder teilweise stilllegen oder abbauen oder veräußern, sofern hierdurch in Betrieben mit weniger als 200 Arbeitnehmer 10 Arbeitnehmer und in solchen mit mindestens 200 Arbeitnehmern 5 v. H., jedenfalls aber mehr als 50 Arbeitnehmer zur Entlassung kommen.

Was manche Unternehmer und deren Vertreter von den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen halten, zeigt sich in recht deutlicher Weise wieder bei der Stilllegung der Erzgrube Wilhelm im Siegerland. Von dieser Grube wurden 180 Mann ohne Rücksicht auf die bestehenden Bestimmungen der Stilllegungsverordnung entlassen.

Die Stilllegungsverordnungen sind seinerzeit durch den Druck der Straße gemacht worden, und die haben keine Berechtigung mehr.

Mit dem Hinweis auf den „Druck der Straße“ wird so manches als ohne weiteres verwerflich abzutun versucht. Was verstehen die Unternehmer und ihr Anhang eigentlich unter diesem Schlagwort? Da ihre Mißachtung sich offensichtlich von der Straße bis zu den gleichgebenden Körperlichkeiten erstreckt, so ist die Annahme begründet, daß sie den Druck des Volkes (Willensausdruck) gleichsetzen mit dem „Druck der Straße“.

Verbandsgebiet

Konferenz der christlichen Metallarbeiter in der chemischen Industrie

Die Errichtung der Interessengemeinschaft Farbenindustrie A.-G. aus dem bisherigen Amalintongern nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Seite, beschäftigt in großem Maße die breite Öffentlichkeit. Sie bildet auch die Grundlage einer neuen Bezirksleitung der Bezirke Stuttgart und Frankfurt des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands.

Bezirksleiter Kollege Gengler Stuttgart, sprach so dann in eindrucksvoller Weise über: Die Interessen-Gemeinschaft der chemischen Industrie, ihre Bedeutung nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite. Wenn man von der deutschen Reichsbahn in ihrer gegenwärtigen durch die Damesgelehe bestimmten Gestalt absteht, so ist die am 28. 11. 1925 mit dem Sitz in Frankfurt a. M. begründete F.-G. Farbenindustrie A.-G. das größte deutsche Privatunternehmen.

Reichswehrministeriums der Etat für Reichswehr und Marine von 465 Millionen Mark auf 560 Millionen Mark erhöht. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn es sich um sachliche Notwendigkeiten gehandelt hätte. Tatsächlich scheinen die Mehraufwendungen zur Vergrößerung des Verwaltungsapparates benutzt zu werden, da das Reichswehrministerium erklärt, eine endgültige Regelung der Organisation der Verwaltung sei noch nicht erfolgt.

Die Zahlen sprechen so für sich, daß den Volksvertretern im Reichstag anzuraten ist, hier einmal nach dem Rechten zu sehen.

Normalisierung in der deutschen Fahrradindustrie

Der Verein der deutschen Fahrradindustrie, Berlin. (Vorstand: Direktor Kramer-Bielefeld) hielt in Gemeinschaft mit dem Verband für nachlose Präzisionsrohre, Düsseldorf, (Vorstand: Dr. Coppel) in Düsseldorf eine Versammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Schaffung von Normen für die Fahrradrohre (für den Bau von Fahrradrahmen) befaßte.

Eine neue Erfindung im Motorenbau

Seit Jahrzehnten versuchen die Maschinenbauer aller Länder, einen Explosionsmotor zu konstruieren, der bei möglichst geringem Gewicht vermehrte Kraftentwicklung gestattet. Durch das Studium des menschlichen Ganges, dessen gleichmäßiges Fortschreiten keinen toten Punkt kennt, ist der Bielefelder Ingenieur Kurt Fühner zu einer völlig neuen Form eines Explosionsmotors gelangt, der keine Pleuellstange besitzt und durch die Besonderheit der Anordnung der Einzelteile den toten Punkt vermeidet.

Die deutsche Farbstoffindustrie

Die deutsche Farbstoffindustrie ist zur bestprosperierenden Industrie Deutschlands emporgewachsen. Im nachfolgenden Artikel, den wir der „D. B. Ztg.“ vom 22. Januar aus der Feder von Dr. Wimmer entnehmen, bringen wir einen Gesamtüberblick über die Weltfarbstoffindustrie.

Die Lage der deutschen Farbstoffindustrie im verflochtenen Geschäftsjahr 1925 wird im allgemeinen als wenig befriedigend bezeichnet werden müssen. Zahlreiche Faktoren haben auch in diesem Zeitabschnitt auf den Entwicklungsgang der deutschen Anilinfarbstoffindustrie hemmend eingewirkt. Einmal hat zu dem Rückgang des heimischen Farbstoffgeschäfts die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Welt beigetragen, die eine Hemmung in der Aufnahmefähigkeit für Farben auf den Weltmärkten im Gefolge hatte.

Produktionsprogramm der ausländischen Farbstofffabriken hat sich im Berichtszeitraum stark erweitert. Wir müssen denn erkennen, daß man in der Welt auf dem Wege einer selbständigen Gründung in der inländischen Bedarfsdeckung ein gut Stück vorangekommen ist. Zuguterletzt ist die Geschäftslage der deutschen Farbstoffindustrie besonders im letzten Halbjahr ungünstig beeinflusst worden durch den eingetretenen Entwertungsprozess der französischen Währung, welchem eine Exportkonjunktur in Farberzeugnissen natürlich nebenherging.

Die deutsche Farbstoffindustrie hat sich in dem neuerlich erfolgten vermögensrechtlichen Zusammenschluß der bedeutendsten Farbstofffabriken eine neue Struktur gegeben, die unter Beobachtung ihrer vielen Vorteilmomente für das neue Jahr 1926 dem deutschen Farbstoffgeschäft mancherlei Aussichten einräumt. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß die weitere Entwicklung der heimischen Industrie auch künftighin von Momenten abhängig ist, die zum guten Teil außerhalb der Beeinflussung durch die neue deutsche Konzernleitung liegen.

Ueber die Not, in der sich die englische Farbenindustrie schon seit einer Reihe von Jahren befindet, haben wir an dieser Stelle schon berichtet. Die englische British Dyestuffs Corporation war letzthin gezwungen, zu einer Sanierung zu übergehen. Das Aktienkapital wird um mehr als 50 Prozent herabgesetzt werden, während derlei die Regierung ihren Anteil an der Gesellschaft von 1,7 Mill. Pfund auf lediglich 600 000 Pfund herabsetzt.

der Bestimmungen des englischen Einfuhrverbotes für ausländische Farben von der Regierung des Landes abgelehnt wurde. Im Lande selbst hofft man, daß ein deutsch-englisches Farbstoffabkommen den Verbrauchern die gewünschten Erleichterungen bringen werde; die Verhandlungen zu einem solchen Abkommen sind bereits aufgenommen worden, deren Ergebnis indessen davon abhängig sein wird, ob die britische Regierung mit Bezug auf die deutsche Farbstoffeinfuhr zu Konzessionen sich bereit erklärt.

Erst jetzt sind die Feststellungen der amerikanischen Tarifkommission über die Kohlenstofffarbstoffherzeugung der Vereinigten Staaten für das Jahr 1924 der Öffentlichkeit übergeben worden. Nach Angabe der Kommission betrug die Erzeugung von 87 amerikanischen Firmen 68 679 000 Pfund gegen 92 667 000 Pfund im Jahre vorher. Der bedeutende Rückgang der Erzeugung wird auf die Einfuhr von der Textilindustrie zurückgeführt. 50 Prozent der Einfuhr kam aus Deutschland und 30 Prozent aus der Schweiz.

(Schluß folgt.)

auch die deutsche chemische Industrie zu kaufmännischem Arbeiten. Die starke Bürokratisierung in den großen Betrieben der Chemie muß kaufmännischer und technischer Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit und reinerer Betriebsführung Platz machen. Die chemische Industrie hat aber keine Veranlassung die höhere Wirtschaftlichkeit durch Herabsetzung der Arbeiterlöhne zu erstreben. Die Übergabe der Aufsichtsräte, Direktoren und unproduktive Kräfte weist andere Wege. An sich mußte dem Anilin-Konzern das Zeugnis ausgestellt werden, daß in ihm die Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftlicher Ausnutzung gelungen ist. Die neue F.-G. geht in ihrer Bedeutung weit über den Rahmen einer betrieblichen Fusion hinaus. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft ist daran auf das stärkste interessiert. Für die Arbeiterklasse sind die Fragen der sozialen Auswirkungen brennend. Der Trust bildet eine ungeheure wirtschaftliche Macht. Leider waren die Verhältnisse in der Arbeiterklasse der chemischen Industrie vielfach zu erwecken. Waren die Werke in der Vorkriegszeit in wirtschaftlicher Hinsicht so erfolgreich wie sie in der Nachkriegszeit der Hand eines blindwütenden revolutionären Radikalismus. Die früher in manchem Werk gezielte gelbe Charakterlosigkeit feierte im roten Radikalismus ihre Triumpfe. Ein „Mene-Tete!“ für Industrie und Arbeiterklasse. Redner wendet sich entschlossen gegen das Schlagwort der Gründung sog. Industriebünde mit ihrer Beruf und Leistung verneinenden Tendenz.

Die Berufsgruppe der Metallarbeiter bildet heute einen sehr starken Teil der Arbeiterschaft der ausgedehnten chemischen Werke. Der Bau der großen mechanischen Anlagen und deren Instandhaltung verlangt eine hochqualifizierte Metallarbeiterklasse, die eine entsprechende Berücksichtigung in persönlicher und organisatorischer Beziehung verlangt. Die Mitarbeit an der Produktion, die Regelung der Arbeitsfragen muß getragen werden von einem, keiner Verantwortung bewußtem gesunden Gewerkschafts- und Berufsgedanken. In dem Sinne wird der Christliche Metallarbeiterverband tätig sein.

Ueber die Interessenvertretung der Metallarbeiter in der chemischen unter besonderer Berücksichtigung deren Arbeitsart, sprachen die Kollegen Schwarz, Ludwigshafen, und Theis, Höchst a. M. Die Fragen der Betriebsvertretung, Arbeitsarten, insbesondere der Affordarbeit usw. erfuhr eine eingehende Würdigung. In der Aussprache berichteten die Betriebsvertreter aus Ludwigshafen, Mannheim, Höchst, Frankfurt, Offenbach usw. eingehend über die Verhältnisse in ihren Betrieben. Zwei Entschlüsse über den Berufsgedanken und Interessenvertretung der Metallarbeiter in der chemischen Industrie, sowie über die praktische Arbeit in der Interessenvertretung fanden einstimmige Annahme. Der Konferenz wohnte auch Reichstagsabgeordneter Kollege Knoll, Darmstadt, bei, der im Laufe der Verhandlungen sich in bedeutungsvoller Weise über die mit dem Hauptvertrag verbundenen Wirtschafts- und Sozialfragen äußerte. Die Tagung schloß heute mit einer gesunden Berufs- und Wirtschaftsauffassung unserer christlichen Metallarbeiter in der chemischen Industrie. K. G.

Geldeingänge

Geldeingänge für die Hauptkassa im Monat Februar.

- Wachen 23. 2. 1170.22 M.; Wfen 25. 2. 42 M., 22. 2. 1000 M.; Witting 23. 2. 115.40 M.; Umberg 18. 2. 1866.46 M.; Augsburg 13. 2. 1252.46 M.; Beleda 23. 2. 76.12 M.; Bernburg 23. 2. 55 M.; Bochum 11. 2. 45 M., 1. 2. 3000 M., 9. 2. 500 M., 19. 2. 1511 M.; Bremerhaven 16. 2. 25.10 M.; Breslau 26. 2. 500 M.; Chemnitz 3. 2. 1250 M., 27. 2. 19.05 M.; Clausthal 9. 2. 41.15 M.; Dortmund 2. 2. 449 M., 18. 2. 30.81 M.; Duisburg 16. 2. 2695.75 M.; Düsseldorf 2. 2. 1000 M., 17. 2. 500 M., 26. 2. 500 M.; Elbing 25. 2. 982.60 M.; Egidweiler 4. 2. 100 M.; Essen 9. 2. 500 M.; Freiburg 16. 2. 70.24 M.; Friedriehshafen 17. 2. 52.94 M.; Fulda 1. 2. 143 M.; Fürstwalde 6. 2. 56.44 M., 9. 2. 82.15 M.; Gelsenkirchen 15. 2. 452.93 M.; St. Georgen 15. 2. 26.76 M.; W.-Glabbach 20. 2. 393.18 M., 20. 2. 162.85 M.; Glad 18. 2. 14.11 M.; Görlitz 12. 2. 55.60 M.; Grevenbrunn 21. 2. 134.80 M.; Groß-Nehe 2. 2. 31.25 M.; Gütersloh 17. 2. 364 M.; Hamburg 3. 2. 37.30 M.; Hamburg 23. 2. 104.10 M.; Hamm 16. 2. 500 M., 22. 2. 177.22 M.; Hannover 8. 2. 601.35 M.; Hildesheim 18. 2. 500 M.; Hindenburg 11. 2. 120 M., 25. 2. 150 M., 26. 2. 220 M.; Höchst 13. 2. 500 M.; Ingolstadt 18. 2. 288.20 M.; Karlsruhe 23. 2. 139.55 M.; Kiel 26. 2. 500 M.; Köln 17. 2. 1231 M.; Königsberg 21. 2. 20.41 M.; Kückh 16. 2. 150.10 M.; Lamsdorf 3. 2. 24.25 M.; Lauchertal 21. 2. 150 M.; Leipzig 9. 2. 200 M.; Lötzen 15. 2. 69 M.; Lüdenscheid 21. 2. 65.41 M., 23. 2. 200 M., 12. 2. 200 M.; Ludwigshafen 19. 2. 103 M.; Maltwitz 15. 2. 114.25 M.; Martfeldw 15. 2. 125.25 M.; Meßernitz 26. 2. 200 M.; Meißner 12. 2. 22.60 M.; Meitzmann 16. 2. 400 M.; Mühlheim 9. 2. 1500 M., 16. 2. 23.90 M.; München 15. 2. 200.42 M.; 25. 2. 300 M.; Münster 28. 2. 1684.83 M.;

- Neheim 2. 2. 137.32 M.; Neife 25. 2. 44.85 M.; Neurode 17. 2. 1.75 M.; Nürnberg 18. 2. 307.03 M.; Oster 26. 2. 239.08 M.; Olsberg 18. 2. 252.87 M.; Osnabrück 17. 2. 1146.10 M.; Papenburg 16. 2. 185.59 M.; Peine 23. 2. 117.85 M.; Pforzheim 12. 2. 300 M.; Pritzlar 15. 2. 5.66 M.; Radolfzell 20. 2. 106.09 M.; Ravensburg 20. 2. 71.50 M.; Rößel 21. 2. 3.20 M.; Rostock 12. 2. 19.44 M.; Schönaich 21. 2. 3.15 M.; Schuffenried 27. 2. 90 M.; Schweidnitz 13. 2. 74.10 M.; Sommerda 11. 2. 70 M.; Stettin 18. 2. 9.30 M.; Stolberg 21. 2. 814.04 M.; Trierberg 9. 2. 32 M., 10. 2. 81.75 M.; Trier 16. 2. 160.92 M.; Tuttlingen 21. 2. 120.40 M.; Ufm 17. 2. 135.45 M.; Waldbirch 1. 2. 47.65 M.; Warstein 25. 2. 152.54 M.; Werdohl 2. 2. 317 M., 21. 2. 94.75 M., 19. 2. 160 M., 27. 2. 85 M.; Weingarten 18. 2. 78.53

- M. Weibenburg 12. 2. 16.47 M.; Wilhelmshaven 26. 2. 216.45 M.; Wismar 12. 2. 4.55 M.; Witzburg 18. 2. 65.55 M.

Die Verwaltungskassenleiter wollen die genannten Geldgänge mit den von ihnen eingekassierten Abrechnungsgeldern vergleichen und etwaige Unstände umgehend der Hauptkassa mitteilen.

Bekanntmachung

Sonntag, den 21. März ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

Die Bedeutung des Betriebsrätegesetzes

Eine der ältesten Forderungen der christlich-sozialen Bewegung war die Schaffung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben. Jedoch waren es nur einige wenige Arbeitgeber, die die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit einsehen. Die Errichtung von Arbeiterausschüssen war zunächst freiwillig und wurde erst später gesetzlicher Zwang. Den ersten gesetzlichen Zwang brachten die Berggesetze von 1905 und 1909 für den Bergbau und erst während des Krieges durch das Gesetz für den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 1916 für alle Betriebe mit 50 und mehr beschäftigten Arbeitnehmern. Nach dem Kriege wurde durch die Verordnung vom 23. 12. 1918 diese Verpflichtung auf alle Betriebe mit 20 und mehr beschäftigten Arbeitnehmern erweitert. Alle diese Maßnahmen trugen den alten Forderungen zögernd Rechnung. Unter dem Druck der Verhältnisse kam dann 1918 die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Spitzenverbänden zustande und räumte zum großen Teil die noch bestehenden Schwierigkeiten hinweg. Die Weimarer Nationalversammlung gab dann mit der Reichsverfassung den Arbeitnehmern das Recht, in Betriebs-Arbeiterräten ihre

wirtschaftlichen und Sozialinteressen wahrzunehmen. Des weiteren sollten Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat gebildet werden. Diese sollten mit den entsprechenden Vertretern der Arbeitgeber und sonst beteiligten Volksteilen zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben zu Betriebswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammenfassen. Leider ist es bis heute nicht zur Schaffung der Betriebswirtschaftsräte gekommen. Sozialpolitische und wirtschaftliche Gesichtspunkte sollten von nun an seitens der Regierung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat selbst hat auch das Recht, von sich aus solche Gesetzesvorlagen zu beantragen, auch für den Fall, daß die Regierung ihnen nicht zustimmt, hat sie trotzdem unter Bekanntgabe ihres Standpunktes die Vorlage dem Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage im Reichstag durch eines seiner Mitglieder vertreten lassen.

Im Januar 1920 brachte dann die Nationalversammlung in der dritten Sitzung das Betriebsrätegesetz zur Annahme, welches am 4. Februar 1920 vom Reichspräsidenten promulgiert wurde.

Eine wichtigere Aufgabe hätte bei Schöpfung des Betriebsrätegesetzes nicht erfüllt werden können, als die nach dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft alle wirtschaftlichen Energien anzuspinnen, um den Aufstieg der Wirtschaft wieder zu ermöglichen. Dabei konnte auf die reichen Kenntnisse und Erfahrungen sowie auch auf den starken Einfluß der Arbeiterschaft nicht verzichtet werden. Im wesentlichen kommt es ja auf den einzelnen Betrieb an.

Das Betriebsrätegesetz verpflichtet deshalb auch die Betriebsratsmitglieder, mitzuarbeiten an einer möglichst hohen Erzeugung im einzelnen Betrieb. Um das zu erreichen ist die Pflege eines erträglichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

erste Voraussetzung. Gelingt dieses, so ist damit auch eine Hebung der Arbeitsberufsfähigkeit gegeben.

Weiterhin mußte bei Schöpfung des Betriebsrätegesetzes dem Gedanken der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie näher getreten werden. Der Arbeiterschaft war ein kontrollierender Einfluß bei dem Produktionsprozeß einzuräumen. An Stelle der bisherigen selbstherrlichen Wirtschaftsweise sollte eine ehrliche, gemeinnützigere Wirtschaftsweise gesetzt werden. Nicht durch Revolution, sondern bekanntlich durch Evolution muß die Umstellung der Wirtschaftsweise erfolgen.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Betriebsrätegesetzes ist der Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer gegen die vielfachen Berufs- und Betriebsgefahren sowie auch gegen die Willkür und Ausbeutung selbstthätiger Unternehmer.

Das Betriebsrätegesetz erkennt den Arbeitnehmer als gleichberechtigt an und baut auf dem Gemeinschaftsgedanken auf. Es will die Verständigung, die soziale Versöhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeiführen.

Arbeitgeber und Eigentum werden, wie in der Reichsverfassung, so auch im Betriebsrätegesetz anerkannt; aber es wird auch die Erfüllung der Pflichten des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeiter verlangt. Auf Grund dessen vertritt auch das Gesetz die Klassenherrschaft von oben und den Klassenkampf von unten. Dem Betriebsrat steht infolgedessen nicht so ohne weiteres das Recht zur selbständigen Entscheidung im Betriebe zu. Er hat gewiß große Rechte, auf vielen Gebieten mitzubestimmen, mitzuraten und zu vermitteln und Anregungen zu geben. Im wesentlichen bedarf es jedoch zur Durchführung der Zustimmung des Arbeitgebers, die im Streitfalle durch den Schlichtungsausschuß oder das Arbeitsgericht ersetzt werden kann.

Das Tätigkeitsgebiet des Betriebsrats ist der Betrieb. Im Rahmen des Betriebes ergeben sich ihm Aufgaben, die in den Paragraphen 66—92 umschrieben sind.

Der Paragraph 70 des Betriebsrätegesetzes sichert der Arbeiterschaft die Vertretung im Aufsichtsrat des Betriebes.

Paragraph 71 verpflichtet den Arbeitgeber, dem Betriebsrat über alle Vorgänge die den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmerschaft angehen, Aufsicht zu geben. Weiterhin hat der Unternehmer verpflichtet einen Bericht über die Lage und den Gang des Betriebes zu geben. Erwähnt sei noch die im Par. 72 angeordnete Verpflichtung für den Arbeitgeber zur Vorlage der Jahresbilanz sowie einer Gewinn- oder Verlustrechnung an den Betriebsrat. Während früher die Arbeitsordnungen einseitig durch den Arbeitgeber mit ihren Soll- und Mußvorschriften festgesetzt wurden, hat heute der Arbeitgeber die Verpflichtung, gemeinsam mit dem Betriebsrat die Arbeitsordnung festzulegen.

Ein besonders wichtiger Paragraph ist der Paragraph 64 des Betriebsrätegesetzes, der das

Einspruchsrecht im Falle der Kündigung vorsieht. Auch hier liegt die letzte Entscheidung beim Arbeitsgericht. Manche Maßregelung konnte bei wichtiger Handhabung seitens des Betriebsrats vermieiden werden.

Die Funktionen des Betriebsrates sind rein wirtschaftlicher und sozialer Natur. Internationale und parteipolitische Fragen gehören nicht zur Funktion des Betriebsrats.

Das Betriebsrätegesetz kann und will die Gewerkschaften nicht erdrücken, sondern gerade durch das Betriebsrätegesetz ist die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation erst recht gegeben. Es hat sich ja auch allenthalben gezeigt, daß die Betriebsräte ohne gewerkschaftlichen Halt sehr schnell der Bedeutungslosigkeit anheimfallen.

Die Betriebsräte und die Gewerkschaft gehören unter allen Umständen zusammen.

Unter keinen Umständen darf ein Betriebsrat Arbeitsniederlegung oder Streik veranlassen. Dies ist ausschließlich Sache der gewerkschaftlichen Organisation. Es darf wohl heute gesagt werden, daß sich beide Teile bei Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes entsäufert haben. Die Unternehmer, weil für sie die Alleinherrschaft in der Wirtschaft zu Ende schien und sie nicht bedachten oder übersehen, daß das Betriebsrätegesetz auf dem Gedanken der Gemeinschaftsarbeit aufgebaut war.

Auf Arbeitnehmerseite hatte man vielfach mehr an Rechten erwartet, als das Gesetz brachte. Die Versprechungen der Sozialisten und ganz besonders der Kommunisten haben sich hierbei wieder gerächt. Es darf heute wohl als feststehende Tatsache gelten, daß in den Betrieben, wo unsere Kollegenschaft sich auf den Gedanken der Gemeinschaftsarbeit einstellten und nicht einem Herrenmenschen gegenüberstanden, sich ein einigermaßen erträgliches Verhältnis der beiden Wirtschaftsfaktoren entwickelt hat. Wir haben als christliche Arbeitnehmerbewegung alle Ursache, auch in Zukunft nach dem Grundgedanken des Gesetzes unsere Tätigkeit einzustellen. Wenn beide Faktoren in Wirtschaftsleben, Kapital und Arbeit, in gegenseitiger Rücksichtnahme, in vollster Pflichterfüllung und Verantwortungsgefühl gegenüber dem Gesamtvolke ihre Tätigkeit erfüllen, dann wird das Gesetz zum Segen des gesamten Volkes und auch zur kulturellen Hebung des Arbeiterstandes beitragen. J. K.

Der sittliche Geist in der Wirtschaft

Aus der Feder unseres Mitarbeiters Dr. K. bringen wir einige Bilder aus dem Leben der mittelalterlichen Wirtschaft. Wir wollen und können nicht die Form wiedererwecken. Es ist auch durchaus falsch und unrichtig gesehen, wenn heute von gewissen Stellen, namentlich Jugendbünden, danach der Schuldnachdruck ausgestoßen wird. Was wir wollen, ist, den Wirtschaftsggeist des Mittelalters in die moderne Wirtschaft hineinzubringen. Unser erster Artikel behandelt als Auftakt das Leben der mittelalterlichen Stadt als Grundlage des mittelalterlichen Wirtschaftslebens.

Mittelalterliche Stadtwirtschaft — fürwahr ein Hochbegriff für den Wirtschaftsforscher! Fast ein halbes Jahrtausend bestimmt dieses Gebilde entwickelter Wirtschaftskonzentration die Fortentwicklung der Menschheit, verkörpert sich in jenen von trutzigen Mauern, festen Toren und zinnengekrönten Türmen beschränkten Städteburgen der Kulturgeschichte der derzeitigen Welt. Und von allen diesen Städten eine der schönsten und bedeutendsten lag am Rhein, dem größten Kulturstad der Welt, Colonia Agrippina — Köln! Stromauf — Stromauf trugen mächtige Kanufahrer mit Köln's Wimpel und Flagge im Lopp Brabant'ser Lande, Delfter Porzellan, Badener Textilien, Kölner Teppiche und Goldschmiedewerk den alten Westen am Rhein zu — Bonn, Mainz dem bedeutendsten Frankfurt, Coblenz und dem mächtigen Straßburg. Schwere, reichbeladene Karren zeigten von rheinischem Handwerksfleiß, schwerfällig, mit Keilsteinen und reichem Gejolge ihrem Ziele aufziehend gegen Münster und Bremen, Augsburg und Nürnberg. Jede Stadt ein Stück Kultur und Wirtschaftsgeschichte.

Eisenbeschlagene eiserne Tore, geschlossen beim Abenddämmern, geschützt von wehrhaften Männern, wehrten dem Fremden den Eintritt, wiewohl dem rübergehenden Ueberfall festgezurrteter Abwehr. Meterdicke Mauern und tiefe Gräben schützten den Einwohnern, und hoch oben auf luftigem Ausgange spähten die Türme der heimkehrenden Transporten entgegen. Grober Hörnerklang kündete die Heimkehrenden an, weit öffneten sich die Tore den ankommenden Wagen, nachdem Begleittrief, und Siegel geprüft und Schlaggeld voll entrichtet waren. Staunende Menschen umschauten den bunten Zug. Mit der Kunde der nach bewährlicher Reife Heimgekehrten, ging es dem Markt zu, dem Mittelpunkt des städtischen Lebens. Hier lagen die Herbergen, und das Rathaus,

hier der Raßplatz der durcheinandergehenden Fremden. Nach schattiger Ruh, kräftigem Imbiß und Trunk, nach Gruß und Gegengruß und gegenseitigem Nachrichten-austausch brach dann der Zug zur Weiterreise auf. Ueber den Markt rollte die fahrende Habe, eine der zahlreichen Straßen entlang, wachte hier zusammengelesen.

Hier wohnten sie größtenteils nach Berufen getrennt, straßenweise bejanneten: die Wolleweber, die Rüstmacher, die Gürtel-schläger, die Kürschner. Die Berufe haben den Straßen die Namen —: „unter Pfannen-schlagern“, „Alt-Schmiede-straße“, „Schilber-gasse“, „Rüfsmacher-“, und „Wolleweber“-Straße. Am Graben wohnten die Lohgerber „im Gerbergang“, „Gerberbrunn“. Dem Zug zu ragte hoch hinauf die „Fischerbastion“ und der „Glatte Wal“ bildete den Fischmarkt. Quer durch die Stadt bewegte sich der Zug weiter, vorbei an buntgekleideten Menschen u. breiten Häusern mit einladenden Giebeln u. Fachwerk, wuchtigen Toren u. lachenden Fenstern. Vorbei an Blumen und bunten Schildern und Zeichen, die Kunde davon geben, daß hier der wohlhabliche Meister Klaas Thör-jam wohnt, seines Zeichens Segelmacher in der Stadt Rostock — einem der Tore zu. Diese Tore lagen durchweg in der Richtung der von der Stadt ausgehenden Landstraßen. Das „Vetitor“, „Steintor“, „Lager-tor“ und „Kröplintor“, das „blaue Tor“, das „Koffelweidtor“.

Zunächst nimmt das Leben in der Stadt seinen Fortgang. Der Markttag zeigt ein buntes Bild Gruppenweise stehen die Kunden, Tische, Bänke und Risten der Handwerker und Händler nebeneinander. Da haben die Weber, Schuhmacher, Kürschner, die Schmiede, Schwerfeger, Speermacher, Sattler, Riemen Töpfer, Handschuhmacher, die Tisch-, Salz-, Eisen-, Gemürz- und Futterhändler ihre Stände. An langen Bänken stehen die Fleischer, in Haken die Bäcker. Darzwischen bemerkt sich das wogende Treiben des auf- und abgehenden fernenden Menschenstromes. Ein farben-reiches Durcheinander, wechselvoll wie ein Kaleidoskop. Solch Markttag ist ein Tag, der Jung und Alt aus den Häusern lockt, an dem die ganze Stadt unterwegs ist. Denn Ladengeschäfte waren damals noch unbekannt, und was man gebraucht mußte man auch dem Markte kaufen oder beim Meister bestellen. Garten und Land war hinter den meisten Häusern und wo nicht, da sorgte das flache Land, das sich unter kahlhäutigen Schah befand und gleich vor den Toren der Stadt seinen Anfang nahm. Für die ausreichende Versorgung mit frischen Landprodukten. Allein die Gewürzräumer abzuheben den heutigen Kleingehäften, wählten aber auch wie die „Kräutertrage“ belagert beieinander. Der Markt war eben der zentrale Marktplatz. Da hatten auch die Schwesler ihren Stand,

und hatten einen schweren Tag, denn es galt die verschiedenen von den auswärtigen Händlern mitgebrachten Geldsorten in Stadtelde umzumerten, da hatte die Marktpolizei einen harten Stand, obri-geitlichen Willen und der Marktbesuchenden Willen auf eine Seite zu bringen, und auf die Innehaltung der Marktvorschriften zu dringen. Spielleute und Spahmacher, Schaubuden und Vogelhändler, Wärenführer und Gaukler — auf alle war ein wachsame Auge zu halten. Vom frühen Morgen bis zur Dämmerung kamen alle zu ihrem Recht. Mit Anbruch des Abends aber verlor sich das Getriebe. Immer leichter wurde der Markt. Sie und doch noch versingelte Gruppen vor den buntesten Buden, aber auch diese verschwand, auf einmal war der Markt leer. Einzelne und in Gruppen hatten sich die Marktelucher auf den Heimweg gemacht, und die vom Großen Tor herüberhallende Töne des Wächterhorns verkündeten, daß der Tag zu Ende und die Tore verschlossen. Schon flammten dort und drüben die ersten Lichter auf und kündeten die Abendstunden an. An schweren Tischen beim Licht der Talg- und Tranlampen nahmen Meisterfamilie, Gesellen und Lehrlinge das Weipbrötchen ein und trennten sich mit den letzten Anordnungen für den kommenden Tag. Gefächler, Tanz und frohe Spielmannsweilen drangen noch eine Weile vom Abendwind getragen in den Spät-abendfrieden. Doch als zur Mitternacht des Wächters Horn zur Heimkehr mahnte, verlinkte die Stadt in nächtliche Ruhe.

Mit dem Aufblühen der Städte tritt neben die patriarchalische Lebensweise anderer Geentlak —: zwischen Handwerk und Kaufmannschaft, Stadtpatronat und Kirchenpatronat gegen die Punkte. Die Entwicklung der Städte weist ein manchmal bittere Kampf-chronik auf. Aber wie dem auch gewesen sei, ein Gutes haben diese Gegenläufigkeiten erreicht: das Anspannen aller Kräfte, das Streben nur gute Arbeit zu leisten. Redlichkeit als oberstes Gebot zu betrachten. Solz zu sein auf die Arbeit und sein Handwerk! Das gab den Grund zu der herrlichen Entwicklung, welche die mittelalterlichen Städte genommen haben. Aus kleinen Orten entwickelten sich die mächtigen Stadtwirtschaften, auf die wir mit hohem Stolz zurückblicken können. Weit über ein Jahrtausend hindurch waren die Kluten des Rheins zu Tol geöffnet, nachdem die Römer an der germanischen Grenze den Grundstock zu den ersten Anfängen germanischer Wirtschaft legten, die dann nach Jahr-hundertender Unterbrechung durch die Kulturwanderung von den mittelalterlichen Städten zu einer Hochkultur entwickelt wurden, wie sie die Welt nicht gesehen. Das ist das Verdienst der mittelalterlichen Stadt.